Sind Ökologie und Ökonomie miteinander vereinbar?

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **38 (1981)**

Heft 10

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-783966

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

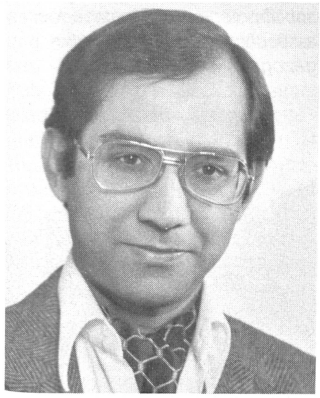
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sind Ökologie und Ökonomie miteinander vereinbar?



Dr. J. Satish
ETH Zürich

Unter dem Motto «Ökologie contra Ökonomie?» fand vom 22. bis 24. Juni 1981 das 9. Symposium des Studenten-Comitees für Umwelt-Ökonomik (SCO) an der Hochschule St.Gallen statt. Es ging um die Frage, ob wirklich ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen besteht. Ökologie wird von der Wirtschaft akzeptiert. Aber Ökologie ist *nur eine* Dimension der Wirtschaftspolitik eines Unternehmens, einer Organisation oder eines Staates.

Umweltschutz als Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik

Bereits am ersten Tag fanden sich 180 Teilnehmer – Studenten und Vertreter der Wirtschaft und Wissenschaft – zusammen für das Einführungsreferat von Professor Leo Schürmann über die rechtlichen Aspekte der Umweltpolitik. Der Erfolg einer Umweltpolitik hängt ab von politischen Entscheidungen und der Kraft, diese Entscheidungen durchzusetzen. HSG-Professor Emil Küng erläuterte die Kosten-Nutzen-Aspekte der Ökologie. Die Ausgaben für den Umweltschutz in der Schweiz machen bereits 2% des BSP aus. Er möchte sogar die Kosten der Erdölteuerung – auch 2% des BSP – dazu summieren. Nach H. Weinziel vom Bayerischen Naturschutzbund dagegen belaufen sich die Kosten des Umweltschutzes in der BRD nur auf 0,7% des BSP. Professor Küng gab zu, dass es nicht leicht ist, mit Aktiva/Passiva eine Bilanz zu ziehen, weil bei der Ökonomie der Zeitraum klein und bestimmt ist; bei der Ökologie dagegen ist er gross – auf Generationen hinaus. Vielleicht liegt hier der Kern der Problematik: die unterschiedlichen Zeithorizonte der Ökonomie und Ökologie.
Der Münchner Biologe F. Vester plädierte für die Einbettung der Wirtschaft in ökologische Kreisläufe. Er zeigte, dass ökologische sowie ökonomische Fragen eine ganzheitliche, fachüberschreitende Systemorientierung fordern. Er schlug den Zuhörern vor, von der Natur zu lernen – einer Firma, welche seit 4 Milliarden Jahren nicht Pleite gemacht hat!
Dr. Thomas Gasser von der Alusuisse bestätigte, dass die Umweltpolitik ein integrierter Bestandteil aller Entscheidungen geworden ist. Er betonte aber, dass der Stellenwert des Umweltschutzes von Unternehmer zu Unternehmer und von Zeit zu Zeit verschieden ist. Ein Unternehmer hat die Forderungen mehrerer interessierter Gruppen – Aktionäre und Angestellte, Lieferanten und Kunden sowie Konsumenten und Öffentlichkeit – zu erfüllen. Er stellte die Legitimation der Umweltschutzkläger nicht in Frage, verlangte aber als Gegenforderung, der Verhältnismässigkeit und der wirtschaftlichen Tragbarkeit Rechnung zu tragen. Der Walliser Fluorkrieg, als Beispiel, wurde beigelegt, indem alle Parteien nachgeben und zurückstecken mussten.

Dr. Bruno Gruber des Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbundes vertrat die Arbeitnehmerseite und plädierte für ein umweltgerechtes Wirtschaftswachstum von 1½ bis 2% für die Schweiz, weil es beschäftigungsstabilisierend wirkt und sozialpolitischen Frieden – ein wichtiger Faktor der Lebensqualität – garantiert. Nach seiner These ist für die Schweiz das Nullwachstum nicht gut – genauso wenig wie die 5–6% Wachstumsrate der OECD. In der Rezession sei der Boden für Ökologie steinig; aber die Arbeitsplätze sind durch Umweltschutz nicht gefährdet.

Das neue Umweltschutzgesetz und Umweltverträglichkeitsprüfung

Zwei Vertreter des Bundesamtes für Umweltschutz stellten das schweizerische Umweltschutzgesetz und als deren tragende Säule die Umweltverträglichkeitsprüfung, UVP, vor. Nach Dr. Böhlen kann das Umweltschutzgesetz kaum vor Anfang 1984 in Kraft treten. Als Ziel der UVP bezeichnete Fürsprecher G. Iselin die antizipierte vorzeitige Prüfung des Vorhabens eines Unternehmens – privat oder öffentlich. UVP ist kein eigentliches Bewilligungsverfahren und wirkt nicht schleppend, sondern prozessbeschleunigend, da die Behörden rechtzeitig informiert sind und da sie das Projekt begleiten. Der Bonner Ministerialdirektor P. Menke-Glückert berichtete über Erfahrungen mit dem deutschen Umweltschutzgesetz und dass die Schweiz in einigen Umweltangelegenheiten viel weiter als die BRD ist.

Professor H. Bonus von der Universität Konstanz stellte die Emissionszertifikate als eine marktwirtschaftliche Lenkungsmassnahme vor. Dies als Alternative zu den staatlichen Massnahmen von Geboten und Verboten. Er stellte die Politik der Subventionen und Abgaben als ineffizient dar.

Möglichkeiten und Grenzen der Energieversorgung

Eine interessante Diskussion fand zwischen Vertretern der Energieindustrie und der Alternativenergie beziehungsweise des Energiesparens statt. Der ehemalige GEK-Kommissionspräsident Michael Kohn unterstrich die Notwendigkeit der Reduktion einer Erdölabhängigkeit und wies eine massvolle Rolle der Elektrizität auch bei der Erdölsubstitution zu. Gegenüber der Meinung von M. Kohn, wonach in der Energiepolitik «einiges läuft», vertrat Dr. E. Ledergerber die Meinung, dass die staatlichen Massnahmen doch in gewissen Fällen notwendig sind.

Was liegt technisch und wirtschaftlich drin in den nächsten zehn Jahren? Nach Dr. Schmid vom Bundesamt für Energiewirtschaft, ist es möglich, 15% der Energie für Warmwasser und Heizen zu sparen. Hier sah er Gas als Substitution. Bei Uran gibt es nicht nur Versorgungsabhängigkeit, sondern auch Entsorgungsabhängigkeit. Risiken sind bei allen Energieträgern vorhanden, darum ist Sparen die beste Energiepolitik. Dr. W. Bosshardt von der Ruhr- und Saar-Kohle AG hob die Vorteile von Kohle als leicht zu lagernden und versorgungssicheren Energieträger hervor und befürwortete sie für Fernwärme. Dr. Theo Ginsburg, ETHZ, plädierte für ausgewogene dezentrale Energiekonzepte und Alternativtechnologien, die dafür sorgen, dass auch andere Sachen als das BSP zunehmen. Er unterstrich, dass die Ökologie das langzeitige Interesse der Ökonomie vertrete.

Zum Schluss kam das Postulat von Nationalrat Joseph Ziegler, Solothurn, zur Diskussion, wonach man an jenem Punkt angelangt sei, wo die Grenzen der Umweltbelastung zugleich auch die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums mitbestimmen. Darum sollte es möglich sein, eine Synthese zwischen Ökologie und Ökonomie zu finden. «CONTRA» soll durch «UND» ersetzt werden. Die Zukunft liegt nicht im Gegensatz, sondern in der Symbiose oder Lebensgemeinschaft.

Das Ziel des Symposiums, führenden Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft, von Staat und Verbänden, Umweltschützern und Studenten, Ökologie und Ökonomie, ein Forum für das Gespräch miteinander zu bieten, war erreicht. Anhand von Grundsatzreferaten und Paneldiskussionen bekam man die Antwort zur Frage «Ökologie contra Ökonomie?». Der Gegensatz zwischen Umwelt- und Wirtschaftsinteressen ist nicht unüberbrückbar. Bei einer Gretchenfrage zwischen ökologischen Notwendigkeiten und ökonomischen Tragbarkeiten hat doch die Ökonomie der Ökologie den Vorrang zu gewähren. Aber kann sie? Will sie?